

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Staat ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Dieser Leitsatz, der sich durch unser Grundgesetz zieht, ist zusehends in Vergessenheit geraten, je stärker eine Funktionärselite sich den Staat zur Beute gemacht hat. Auch im noch jungen Jahr 2026 wird die Dienlichkeit des Staates gegenüber seinen Bürgen geschliffen von denen, die ein anderes Staats- und Menschenbild haben. Ein ganz besonders anschauliches Beispiel ist die in den Untiefen der Brüsseler EU-Gesetzgebung schlummernde „Methanverordnung“ (kurz MER) – ein Stück aus dem Tollhaus. Hier zählen die Interessen von Mensch und Industrie nichts, sie werden reduziert auf zu bevormundende Subjekte und meldepflichtige Marktteilnehmer.

Sinn und Zweck der Verordnung, die schon in Kraft ist und ab 2027 massive Auswirkungen auf die Energieversorgung haben wird, erschließt sich selbst bei intensivem Studium der Regeln nicht. Um was geht es? Nun, in der Regelung sollen die nachgewiesenen umweltschädlichen Methan-gasemissionen reduziert werden. Methan-gasemissionen sind vielschichtig, treten etwa aus nicht ordnungsgemäß verschlossenen ehemaligen Bohrlöchern, aus alten Bergwerken sowie bei der Förderung von Gas, Kohle und Öl als Begleiterscheinung aus. All das ist chemisch-physikalisch bekannt, die Produzenten haben viel investiert, um die Emissionen zu reduzieren. Nach Sicht der gefühlten allwissenden EU-Bürokraten jedoch nicht genug, und so kam die MER vor Jahren in die Regelungsregale der Technokraten. Ab 2027 wird es eng, denn da gerade Deutschland einer der größten Energie-Importeure Europas ist, müssen Industrie und Versorger nun nachweisen, dass alle Lieferanten entlang der Lieferkette ihre Methan-gasemissionen im Blick haben und danach streben, diese so radikal wie möglich zu reduzieren oder besser noch zu eliminieren. Ein hehres Ziel, ökologisch durchaus nachvollziehbar. Auch umsetzbar? Schwer, denn in Zeiten wie diesen, in denen Energie knapp ist, Kriege zudem noch den Markt stören, können sich die Produzenten ihre Kunden aussuchen. Warum soll ein Ölförderer in Südamerika viel Geld investieren, um seine Bohrlöcher fit für die EU-Regeln zu machen, wenn er sein Produkt global mit weniger Aufwand zu gleichen Preisen absetzen kann? Er wird erst mal drauf verzichten, in die EU zu exportieren. Der Markt regelt solche Dinge effizient. Die Folgen für unsere Energieversorgung mit



Sascha Magsamen,
Chefredakteur des Nebenwerte-Journal

Primärprodukten wie Öl und Gas aus dem nichteuropäischen Ausland können immens sein.

Politik verblendet

Was macht die hiesige Politik? Nichts, von den Quenglern der AfD mal abgesehen, die auf das Problem aufmerksam machen, aber kein Gehör finden, weil es ja diese Partei ist. Die Medien? Haben andere Themen, der tägliche Blick in die Presse birgt allerlei lustigen Stoff, doch so ein Kracher wie diese MER-Verordnung spielt keine Rolle. Die Verbände? Recht zahm in ihrer Kritik, es wird um mehr Zeit gebeten für die Importeure, das Problem beschrieben und geworben für notwendige rechtliche Anpassungen in Brüssel. Und in Brüssel? Still ruht der See, die Kommission und ihr Beamtenapparat wännen sich ja auf dem gutem Klimaweg, getränkt in moralischer Überheblichkeit, basierend auf dem Gefühl: Wir retten die Welt.

Rational betrachtet hat dieser kleine Ausschnitt an Problemstellungen schon das Zeug, einem graue Haare wachsen zu lassen. Gibt es Profiteure, wenn der Irrsinn nicht gestoppt wird? Nein. Das bisschen deutsche Gas- und Ölförderung ist zu vernachlässigen, die Liste der negativ Betroffenen hingegen ist ellenlang.

Die private Kapitalanlage wächst

Die Stimmung im Lande befindet sich ja seit geraumer Zeit im Abwärtstrend, daran haben die jüngsten Wahlergebnisse nichts geändert. In der Folge wird sich auch die Politik nur so viel bewegen, wie unbedingt nötig. Die verkrusteten Strukturen, der fehlende echte Reformwille, die Angst vor den finanziell-physikalisch nachvollzieh-

baren Fakten ist groß, da es für viele Parteien und deren Spitzen um Lebenslügen geht, die zu korrigieren nottut. Die Stichworte: Verfehlte Energiepolitik, unseriöse Haushaltsführung, Migrationspolitik und das goldene Kalb namens Klimawandel werden in der Zukunft das Agieren vieler im Hier und Jetzt als Irrlichtern bezeichnet.

Doch lösen wir uns mal von diesem Trübsal des Alltags und blicken in Statistiken, die nicht lügen. Wer offen mit Zahlen umgeht und sachgerecht interpretiert, sieht die Trends. So zeigt sich aufgrund der Dysfunktionalität des Staatswesens am Beispiel der Rentenkasse, dass das Volk schon oft das Richtige fühlt und hieraus Aktivitäten ableitet. Per Ende 2025 legten 14.1 Mio. Menschen Gelder am Kapitalmarkt an, nahmen also ihre Altersvorsorge und Vermögensplanung ernst und in die Hand. Das staatliche System ist die erodierende Basis, es wird privat angepackt. Vor zehn Jahren lag die Zahl bei 9 Mio. – ein beträchtlicher Zuwachs an Eigenverantwortung. Ich lasse jetzt mal die schönen Beispielrechnungen weg, die da oft heißen: Vom Anleger zum Millionär in 35 Jahren Kapitalanlage etwa bei einer passiven Investition im DAX 40.

Die Bürger wissen schon, was zu tun ist

Nein, es geht um den positiven Trend der Eigenvorsorge. An der Stelle dürfen auch wir uns freuen über eine steigende Anzahl von Lesern, wobei gerade die Altersgruppe unter 35 Jahren hier stärker sichtbar wird. Wir erleben das nicht nur materiell als Verlag über diese neuen Nachfrager – nein, diese neue Lust auf Börse verbessert die Aktienkultur und stärkt den hiesigen Kapitalmarkt. Bleiben wir also bei all der negativen Stimmung positiv, denn es gibt auch die guten Bewegungen. Im Hinblick auf das hohe christliche Fest Ostern nun der Auferstehung der deutschen Eigenverantwortung und dem Reformwillen das Wort zu reden, ist verfrüht. Nun ist die zarte Pflanze des Fortschritts in der privaten Altersvorsorge zu hegen und zu pflegen. Denn, wo etwas Gutes passiert, gesellen sich oft weitere positive Dinge hinzu. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen frohe Osterfeiertage.

Herzlichst Ihr